

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilselstr. 17)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Daube & Co.,
Hasenstein & Vogler,
Rudolph Nossen.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Pozener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Nr. 782.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 7. November.

1881.

Amstliches.

Berlin, 5. November. Der Kammergerichts-Rath, Geh. Ober-Justizrat Paris in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichts-Rath aus dem diesseitigen Justizdienst ausgeschieden. Vereist sind: der Amtsrichter Mathis in Beuthen O.-Schl. an das Amtsgericht in Glogau, und der Amtsrichter Beckmann in Callies an das Amtsgericht in Arnswalde. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: den Amtsrichter Mahraun in Ortsburg, befußt Übertritts zur Verwaltung der indirekten Steuern, und dem Amtsrichter Esche in Jelenow. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt Settels und der Rechtsanwalt Aldenauer bei dem Landgericht in Köln, d. r. Rechtsanwalt von Fabianowski bei dem Amtsgericht in Rattowitz. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Dr. Bär bei dem Ober-Landesgericht in Frankfurt a. M., der Rechtsanwalt Dr. Brand aus Bielefeld bei dem Amtsgericht in Herford, der Rechtsanwalt, Justizrat Biel in Stralsund bei der Kammer für Handelsfachen und seitlich, der Rechtsanwalt v. Fabianowski aus Rattowitz bei dem Amtsgericht in Königslütze. Der Notar Kaufmann, früher in Demmin, hat sein Amt als Notar niedergelegt. Zu Notaren sind ernannt: der Rechtsanwalt Hänel in Bergen a. R. im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bergen a. R., der Referendar Werz, der Referendar Hillenkamp und der Referendar Helmig im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, der Referendar Schreyer im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen, der Referendar der Referendar Dr. Marschall, der Referendar Claesen und der Referendar Schüler im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Köln. Die nachgeführte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Gerichtsassessor Kraemer und dem Gerichtsassessor Theile befußt Übertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung, dem Gerichtsassessor Steulmann befußt Übertritts zur Verwaltung der indirekten Steuern. Der Landgerichts-Präsident zu Herberg in Königsberg i. Pr. ist gestorben.

Politische Übersicht.

Posen, 7. November.

Der Reichstag, dessen Berufung auf den 17. d. M. nunmehr publiziert ist, wird sich eingehend mit den Wahlbereichen zu beschäftigen haben. Das Stärkste wird, wie es scheint, in Görlitz geleistet, wo der konservative Wahlverein sämtliche Ortsvorsteher zu einer geschlossener Versammlung berufen hatte, um den Eifer der gewählten und namentlich derjenigen, in deren Ortschaften "schlecht gewählt" worden ist, anzuspornen. Nach einer Mitteilung des "Neuen Görlitzer Anzeigers" sind die Ortsvorstände sogar aufgefordert worden, selbst Wahlversammlungen im konservativen Sinne, d. h. für den Landrat v. Seydewitz gegen den bisherigen Abgeordneten Lüders abzuhalten. Ein Amtsvorsteher in der Nähe von Görlitz ist nach derselben Quelle soweit gegangen, seine Unterschrift zur Bestätigung einer schriftlich angekündigten fortgeschrittenen Versammlung zu verweigern. Das Wähler in seinem Orte konservativ seien. Die Wähler werden sich hoffentlich das Recht nicht nehmen lassen, gegen diese Bevorstehung bei der am 12. d. M. stattfindenden Stichwahl Prostest einzulegen.

Die Stichwahlen haben am Freitag und vorgestern einen hochfreudlichen Anfang genommen. Es sind bis jetzt bekannt die Resultate aus Elberfeld, Karlsruhe, Offenburg und Lahr. Elberfeld ist den Sozialdemokraten, die den Wahlkreis bisher immer abwechselnd mit einem Vertreter der "Ordnungsparteien" besessen, entflohen und einem Fortschrittsmann zugesunken. In Baden sind drei Nationalliberalen gewählt. Karlsruhe ist den vereinigten liberalen Schneiders entflohen. Offenburg, welches das Zentrum im vorigen Jahr in einer Nachwahl eroberte, ist ebenfalls an die Nationalliberalen zurückgefallen (Vertreter Schuck).

In Koenzingen-Lahr, wo bisher immer national liberal gewählt worden, war diesmal eine Stichwahl mit dem Zentrum nötig, die zu Gunsten des national liberalen Herrn Sander ausfiel. Die national liberale Partei zählt also bis jetzt 32 definitive Mandate. Aus Breslau, 5. November, wird der "Tribune" telegraphiert: Nach Berichten aus dem Wahlkreise Ohlau-Nimptsch-Strehlen hat Graf Frankenberger auf Töllowitz, der in die Stichwahl mit Direktor Golschmidt in Berlin (Sezessionist) kommt und in seinen Wahlreden für das Tabaksmonopol eintritt, folgendes Telegramm empfangen: "Brief erhalten. Falls es zum Tabaksmonopol kommt, liegt die Errichtung einer Staatsfabrik in Ohlau, welche dort in erster Linie indiziert ist, in der Absicht der Regierung. Bismarck."

Wie der "N.-Z." berichtet wird, hat die wiederholte erwähnte Reise des Finanzministers Bitter nach Bremen den Zweck der Information über verschiedene Lokalverhältnisse, welche für die Abmachungen über den Zollanschluss Bremens von Wichtigkeit sind. Die Verhandlungen selbst sollen nach der Rückkehr des Ministers beginnen.

Was die Herrn Bitter nachgerühmte Beseitigung des Defizits im nächsten preußischen Staatshaushalt betrifft, so ist die Nachricht, der Etat werde im Ordinarium wie im Extraordinarium in Einnahmen und Ausgaben balanciren, nur insofern zutreffend, als alle Ausgaben, welche aus den laufenden Einnahmen nicht gedeckt werden können, auf ein Anleihegesetz angewiesen werden. Der Unter-

schied zwischen dem jetzigen und dem nächsten Etat ist also nur der, daß das Anleiheextraordinarium neben dem Etat als besonderes Gesetz eingebrochen wird.

In der "Deutschen Revue" spricht sich der bekannte alt-katholische Professor Friederich über die kirchenpolitische Lage aus. Über die Ernennung des Herrn Korum sagt er:

Die Affaire Korum ist eine Folge der vorjährigen Gesetzesgebung, wenn es auch richtig ist, daß gerade in Trier ein Bischof am wenigsten dringend nothwendig war, ein Bistumsvorsteher und der dort vorhandene Weihbischof die Geschäfte gerade so gut hätten besorgen können. Ich meine sogar, daß die Persönlichkeit eines Korum, zumal nachdem man einen de Lorenzi zurückgewiesen hatte, ganz überflüssig war; denn Korum ist nicht blos Jesuitenschüler, sondern ein wirklicher Aufführer der Jesuiten. Nun hat man aber die Jesuiten und ihre Aufführten in Deutschland aufgehoben und das Studium bei den Jesuiten verboten, und gleichwohl besteht der erste Schritt zur fiktiven Beilegung des Kirchenstreits gerade darin, daß man einen Jesuitenschüler und Aufführten aus einem Klerus und Lande, deren deutschfreundliche Gesinnung überhaupt noch sehr fraglich ist, zum Bischof in Deutschland beruft! Man mag sich in Berlin darüber vielleicht mit dem Bemerkung hinwegsetzen, daß auch der andere Klerus keine bessere Garantie biete, ein Bemerkung, dem ich allerdings einige Berechtigung zugestehe; aber daran läßt sich doch jedenfalls nicht zweifeln, daß eine Regierung am ersten daran gehen sollte, dasjenige, was kurz vorher unter ihrer Mitwirkung und Genehmigung festgelegt wurde, bei Seite zu setzen. Vielleicht ist es auch nur ein Mißgriff in Personalfragen, der einer protestantischen Regierung um so leichter begegnen könnte, als bekanntlich auch schon katholische Kultusminister ähnliche Fehler gegeben haben. Aber besonders vertrauenerwendend kann trotzdem der Vorgang nicht wirken; denn wenn man auch einen Fehler bei der Ernennung des Herrn Korum annimmt, so bleibt doch die Thatstache, daß es Rom sofort wieder gelingen könnte, in Trier einen Bischof einzudringen, der, wie die Dinge liegen, einfach unmöglich war.

Im Übrigen ist er der Ansicht, Fürst Bismarck werde den Rechten des Staates nichts vergeben, werde aber auch mit Rom nicht zum Ziele gelangen. Insbesondere werde der Staat schließlich mit seinen Versuchen, dem Klerus eine nationale Vorbildung zu geben oder die politische Agitation der Geistlichen einzuschränken. Er schließt:

Zu einer nationalen Gesinnung, wie man sie in Berlin und überall in Deutschland im Auge zu haben scheint, wird es bei den römischen Katholiken nie kommen, wohl aber kann bei ihnen eine Preußenfreundlichkeit erzielt werden. Um welchen Preis des möglichen ist, das wissen wir noch recht gut aus den Jahren vor 1871. Um diesen Preis würde dann wohl auch das Zentrum zerfallen, weil es eben keine besonders wichtigen Aufgaben in den Parlamenten mehr zu erfüllen hätte; aber man würde sich dann an die andere Aufgabe machen, welche sich Rom gesetzt hat, und die unter dem Scheine der Preußenfreundlichkeit nur um so wirksamer gelöst werden könnte.

Man hat in der offiziellen Presse nicht genug Aufhebens davon machen können, welche Segnungen die neue Wirtschaftspolitik über unser Land gebracht. Nun vergleiche man damit einen Passus aus der Rede, mit welcher der Landtag des Großherzogthums Oldenburg, eines finanziell überaus gut situierten Landes, am 3. d. M. eröffnet worden ist. Es heißt dort an einer Stelle: "Für das Großherzogthum hat, trotz des eingetretenen Sinkens des Aufwandes für Reichszwecke, ein geringerer Zuschlag zur Einkommensteuer sich nicht vermeiden lassen, da wirtschaftlich in Folge der gedrückten Erwerbsverhältnisse mehrere Einnahmen nicht in der bisherigen Höhe haben eingestellt werden können." — Es ist dies eine amtlich und feierlich abgegebene Erklärung der oldenburgischen Staatsregierung.

Aus München wird der "Tribune" vom 3. d. M. geschrieben: In den Kreisen der bairischen Abgeordneten herrscht plötzlich große Aufregung. Nachdem noch kürzlich die Vorstandshaft des Hauses zum Empfang bei Sr. Majestät nicht zugelassen worden, wird unvermuthet die Forderung von zweidreißig Millionen als einmaliger Kredit für den König wahrscheinlich wegen des Schloßbaues, und einer definitiven Erhöhung der Ziviliste um drei Millionen laut. Das Ministerium sondirt bereits einzelne Persönlichkeiten und es scheint, daß die Rechte, die echten Ultramontanen, der Forderung nicht abgeneigt sind. Von den übrigen Fraktionen verlautet noch nichts, doch dürfte hier, wenn man sich der neulichen Betrachtungen in der Kammer über das Militärbudget und ähnlicher gelegentlicher Explorationsen erinnert, wenn man sich die Auflösungen der demokratischen und liberalen Blätter über die Matrikelbeiträge vor Augen führt, auf starken Widerspruch zu rechnen sein. In den nächsten Tagen muß die Sache schon zur weiteren Erörterung kommen.

Den Bundesth wird demnächst eine Vereinbarung mit den Niederlanden wegen des gegenwärtigen Schutzes der Waarenzeichen beschäftigen. Zwischen Deutschland und den Niederlanden besteht eine Vereinbarung wegen des gegenseitigen Schutzes der Namen, Firmen und Waarenzeichen nicht. Dagegen ist in beiden Ländern der Schutz der Waarenzeichen, in Deutschland außerdem auch der Schutz der Namen und Firmen, durch Gesetz geregelt. Die beiderseitige Gesetzgebung ermöglicht es, den gesetzlichen Schutz im Wege des Austausches von Minister-Erläuterungen, wie solcher zu gleicher Zweck auch anderen Staaten gegenüber schon früher vollzogen worden ist, den Reichs-

Zustände 20 Pf. die sechsgepaarte Petitese oder deren Raum, Metallwaren verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

bezw. Staatsangehörigen gegenseitig vertragsmäßig zu gewährleisten. Die Geneigtheit der niederländischen Regierung, auf eine entsprechende Vereinbarung einzugehen, erscheint nach den dem kaiserlichen Gesandten im Haag gemachten amtlichen Eröffnungen gesichert. Der Abschluß einer solchen Vereinbarung dürfte den Interessen des deutschen Gewerbeslebens entsprechen; jedoch soll die Vereinbarung mit Rücksicht auf die zeitige Lage der niederländischen Gesetzgebung vorläufig auf den gegenseitigen Schutz der Waarenzeichen beschränkt werden.

Der Pester Korrespondent der "Bohemica" bespricht die Möglichkeit, daß bei einer eventuellen Berufung des Grafen Andrássy zum Minister des Neuherrn für denselben, wenn auch keine Kanzlerschaft, so doch eine ähnliche Ausnahmestellung wie die der Fürsten Bismarck und Gortschakow geschaffen würde.

Seit der Demissionirung des Grafen Beust — heißt es da — ist die Kanzlerschaft bei uns aufgehoben und kann mit Rücksicht auf die verfassungsmäßigen Normen auch nicht wieder erneuert werden. Dennoch wäre vielleicht die Möglichkeit einer Veränderung in der Stellung des Ministers des Neuherrn, sofern Graf Andrássy dieselbe erhalten sollte, nicht ausgeschlossen. Es müßte dies jedoch eine solche Veränderung sein, bei welcher die verfassungsmäßigen Normen nicht tangiert würden und es sich nur um ein inneres geschäftliches Virement handeln würde, so zwar, daß der "Chef" — wie sich ja auch Fürst Bismarck nennen läßt — gewissermaßen nur die Vertretung nach Außen und die oberste Leitung zu übernehmen hätte und die eigentliche Geschäftsführung dem Sekretariatschef, beziehungsweise Unterstaatssekretär überließe. Für diese Möglichkeit bieten die Einrichtungen in Berlin und Petersburg Analogien, indem bekanntlich auch Fürst Bismarck, obgleich an der Spitze der Leitung der auswärtigen russischen Politik ist, die ganze Last der Geschäfte von seinem "Adjunkten", dem Staatsrat Giers, tragen läßt. Etwas absolut Neues wäre es also nicht, wenn bei uns ein ähnlicher Modus geschaffen würde.

Der neue Präsident der französischen Deputiertenkammer, Henri Briffon, ist einer der geachteten und achtungswürdigsten Charaktere der republikanischen Partei. Er gehört auch zu ihren größten Kenntnissen. In seiner Selbstdisklosigkeit, echt demokratischen Einfachheit und Sittenstreng, in seinem von keiner persönlichen Rücksicht beeinträchtigten Pflichtgefühl und in der Gerauschklosigkeit seines ganzen Auftretens gleicht Herr Henri Briffon, wie ein pariser Blatt richtig bemerkt, viel weniger seinem unmittelbaren, als seinem zweiten Vorgänger in der Kammerpräsidentschaft, Herrn Jules Grévy. Mit Briffon werden wieder strenge Unparteilichkeit und ein von "allen theatralischen Brunk" freies Präsidium in den Sitzungssaal und schlichte republikanische Gewohnheiten in die Privaträume des Palais Bourbon einziehen. Der Präsident der Deputiertenkammer wird nichts weiter sein, nicht weniger, aber auch nicht mehr, als eben Präsident der Deputiertenkammer. Wie der "Temps" hört, hat Herr Henri Briffon diesen Posten dem des Siegelbewahrers vorgezogen, welchen Herr Gambetta ihm angeboten hatte. Für das letztere Amt soll jetzt der Senator Dauphin, Generalprokurator am pariser Appellhof, der seiner Zeit sehr eifrig für das Listenkrutinum eingetreten war, die meisten Aussichten haben.

Was jetzt kann noch nichts Authentisches über die Zusammensetzung des von Gambetta vorbereiteten Ministériums gemeldet werden. Alles, was die Journale darüber mittheilen, beruht lediglich auf Konjecturen, da die politischen Persönlichkeiten, mit denen er unterhandelt, eine absolute Diskretion bewahren. Fortwährend wechselt die Versionen betreffs des Kriegsministeriums und des auswärtigen Amtes. So wird aus erster Quelle über eine Neuherierung des Generals Marquis von Galliffet berichtet, wonach das Projekt, Herrn v. Freycinet zum Nachfolger des Generals Farre zu ernennen, keineswegs aufgegeben ist und hinsichtlich der mutmaßlichen Besetzung des auswärtigen Amtes wird aufs Neue versichert, daß der augenblicklich in Paris anwesende Botschafter in London und Senator Challemel Lacour der Austronome seines Freundes Gambetta sein werde. Dieses Gericht lautet nicht ganz unwahrscheinlich, da bekanntlich früher Herr Challemel Lacour stets als der einzige Minister des Neuherrn Gambetta's bezeichnet wurde und sodann tatsächlich die Stellung dieses Diplomaten in London wegen gewisser "häuslicher" Verhältnisse schwierig geworden ist. Außerdem wird auch wieder von Herrn Challemel Lacour als eventuellen Nachfolger des Grafen von St. Waller gesprochen, wovon bekanntlich schon vor zwei Jahren die Rede war, ohne daß die Thunlichkeit einer solchen Ernennung bezweifelt wurde.

Der Pariser "Temps"-Korrespondent berichtet über eine Zusammenkunft, welche am Sonntag zwischen Gambetta und dem Prinzen von Wales in Paris stattgefunden hat. Das legitimistische Journal "Le Clairon" hatte bereits über die geplante Unterhaltung einen Bericht veröffentlicht, der in seinen Einzelheiten als erfunden bezeichnet wurde. Jetzt heilt nun der "Temps"-Korrespondent Folgendes mit:

"Dem Lunch, welches um 1½ Uhr Nachmittags begann und bis

4 Uhr mährte, haben außer Gambetta und dem Prinzen von Wales, dessen Sekretär Mr. Francis Knollys sowie Sir Charles Dilke, Mr. Austin Lee und Kolonel Clarke beigewesen. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß der Prinz von Wales mit dem französischen Staatsmann zusammentrifft. Freilich war zwischen ihnen seit der Zeit, wo sie gemeinschaftlich im Hotel Bristol frühstückten, eine Art Erkaltung der wechselseitigen Beziehungen eingetreten, hervorgerufen durch die Aufmerksamkeiten, welche der Prinz von Wales der Familie Bonaparte erwies, sowie andererseits durch den nicht mitzubereitenden Ton, welchen die gambettistischen Organe in Folge jener Theilnahme angeschlagen hatten. Der Prinz von Wales wollte nun die Erkaltung beseitigen und äußerte deshalb den Wunsch, mit Gambetta zusammenzutreffen. Nachdem zunächst einige Schwierigkeiten verhinderlich Art überwunden waren, fand das Lunch in dem Moulin Rouge, einem in der Avenue Dantin gelegenen Pariser Restaurant, statt. Nach dem Berichte der Freunde Gambetta's war derselbe über die Herzlichkeit sehr erfreut, mit welcher der Prinz von Wales das Eis brach; die Unterredung selbst dauerte 2½ Stunde.

Nach denselben Berichten der „Times“ äußerte sich Gambetta auch über die vielbestrittene Frage, ob er während seiner Reise in Deutschland den Fürsten Bismarck gesehen habe. Gambetta brach angeblich in Lachen aus und versicherte nicht nur, daß er mit dem Reichskanzler nicht zusammengetroffen, sondern daß er auch bereits zum dritten Male incognito in Deutschland gewesen sei, während allgemein angenommen wurde, daß er sich auf seinem Landseite in Ville d'Avray befände. Er versicherte ferner, daß es ihm weder diesmal noch früher in den Sinn gekommen wäre, den Fürsten Bismarck aufzusuchen, obgleich er sich eines guten Empfanges versichert halten würde. Er fügte, als er später bezüglich seiner Unterredung mit dem Prinzen von Wales interpellirt wurde, hinzu: „Ich hätte dem Prinzen von Wales auch sagen können, daß ich längs der Küste, von Holland bis zur russischen Grenze, gereist bin, daß ich nach meinem Belieben die Detachirten Forts und die Fortifikationen der russischen Grenze besichtigt habe, daß ich in der Lage war, mir eine Idee über das allgemeine Verteidigungssystem zu bilden, und daß ich die ganze Zeit hindurch völlig ungestört geblieben bin.“

Der englische Staatssekretär Harcourt hat in seiner zu Carlisle gehaltenen Rede die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritte Gladstone's dementirt; in etwas gewundener Weise hat dies der Premier in einem Telegramm an das „Central-News-Bureau“ (The Central News Agency), wahrscheinlich als Antwort auf eine direkte Anfrage, selbst gethan. Besagtes Telegramm lautet: „Es ist meiner öffentlichen Erklärung über diesen Gegenstand nichts von irgend einer Art hinzuzufügen.“ Diese „öffentliche Erklärung“, auf die Gladstone anspielt, war in seiner am 7. v. M. in Leeds gehaltenen Rede erfolgt. Der Premier hatte damals seinen eventuellen Rücktritt vom öffentlichen politischen Leben mit Bezug auf sein vorgerücktes Alter berührt. Die erste Andeutung in der Nachricht aus dem „Standard“, daß nämlich Mr. Gladstone beabsichtigte, die von ihm gleichfalls bekleidete Stelle des Schatzkanzlers niederzulegen, wird jedoch nichtsdestoweniger als sehr wahrscheinlich und selbst bald bevorstehend angesesehen, und sollte er, in dem Schatzkanzleramt durch Mr. Chiles ersetzt werden, so verstehen sich weitere Veränderungen im Kabinett ganz von selbst. Der „Standard“ wiederholt dann seine frühere Behauptung von den bevorstehenden Minister-Veränderungen, wie im Einzelnen angegeben, da dieselben von dem Gladstone'schen Telegramm nicht berührt werden, und setzt hinzu, daß er triftige Gründe für seine Mitteilung gehabt und noch habe, welche die Leser nicht nur als richtig, sondern auch als authentisch annehmen könnten.

Die englische Regierung betrachtet die Differenzen mit dem Transvaal als definitiv beendet; über die Hälfte der im Natal stehenden Truppen erhält den Befehl zum Rückmarsch und befindet sich zum Theilen Bord der Transportschiffe.

Der „Pol.corr.“ wird aus Petersburg aus angeblich guter Quelle mitgetheilt: „Man zweifelt in wohlunterrichteten Kreisen nicht, daß ungeachtet der ungünstigen Meldungen, welche vor Kurzem aus Rom über den Stand und die Ansichten der Unterhandlungen zwischen dem Vatikan und der russischen Regierung verlauteten, diese Verhandlungen in nicht ferner Zeit zu einem befriedigenden Abschluß führen werden. Allerdings seien noch einige Schwierigkeiten zu beseitigen, allein ihre Überwindung könne, da beiderseits die besten Dispositionen zur Erzielung eines modus vivendi vorhanden sind, als höchst wahrscheinlich angesehen werden. Der russische Unterhändler, Herr Mossolow, ist zwar bisher noch nicht nach Rom zurückgekehrt, allein Herr Butenjew weilt noch in Rom und der Abreise Mossolow's dahin wird für die nächste Zukunft entgegengesehen. Es heißt, daß die Reise des Herrn Pobedonoscew nach Polen unter Anderem auch den Zweck verfolgte, Informationsmaterial für die Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Vatikan zu sammeln und daß sich die Rückkehr Mossolow's nach Rom aus diesem Grunde verzögerte.“

Nach einer Mittheilung des petersburger Korrespondenten des „Daily Telegraph“ hat die petersburger Polizei neuerdings einen wichtigen Fang gemacht, indem es ihr gelungen ist, eine Werkstatt der Nihilisten für Fabrikation von Sprengbomben und Söllenmaschinen zu entdecken und darin zwei Personen, Mann und Frau, gerade bei der Anfertigung der gefährlichen Sprengstoffe derart zu überraschen, daß dieselben zu jedem Widerstande unfähig waren. Der männliche Arrestant soll Student an der Bergakademie sein.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 6. November. [Die Stichwahlen. Stöcker. Die antisemitische und antifortschrittliche Agitation in Berlin.] Die einigermaßen künstlichen und keineswegs von der höchsten politischen Moral erfüllten Vereinbarungen, welche betreffs der Stichwahlen von einigen Fraktionsführern und um ihre Erwähnung lebhaft besorgten Kandidaten angestrebt worden, dürften allem Anschein nach keine erhebliche Wirkung üben: die Partei-Disciplin ist kaum bei den Klerikalen, sicherlich aber nicht bei den übrigen Parteien stark genug, um im Lande solchen Abmachungen der

betreffenden Berliner Zentralkomites den zur Durchführung nothwendigen allseitigen oder auch nur überwiegenden Gehorsam der Parteimitglieder zu verschaffen. Selbst die Wahlkomites in den Wahlkreisen scheinen sich nicht daran zu halten oder es nicht zu können: in dem Wahlkreise Neumarkt in Schlesien beispielsweise, wo nach den Zeitungs-Mittheilungen über die Stichwahl-Kompromisse die Liberalen — als Gelegenleistung für die klerikale Unterstützung in anderen schlesischen Kreisen für den ultramontanen Grafen Hendel gegen den freikonservativen Herzog von Ratibor den Ausschlag geben sollten, hat das liberale Komitee den Wählern ihr Verhalten in der Stichwahl lediglich anheimgestellt; und dasselbe hat das klerikale Komitee in Bingen gethan, obwohl dort die Klerikalen, wenn sie sich an die von der „Germania“ gegebenen Verhaltungsmaßregeln gebunden erachteten, für Herrn Bamberg, als einen Gegner des Jesuitengesetzes, hätten stimmen müssen. Auf eine gewisse Anzahl Wähler mögen derartige Kompromiß-Gedanken, die in den Köpfen der Berliner Führer „nah bei einander wohnen“, wohl Einfluss üben; im Allgemeinen aber wird die Beteiligung der an einer Stichwahl nicht unmittelbar interessirten Parteien an derselben um so geringer sein, je weniger die ausgegebene Parole den Sympathien und Antipathien der Wähler entspricht; auch hier „stoßen sich hart im Raume die Dinge“. — Die in Folge des Berichtes über die Unterredung des Fürsten Bismarck mit Herrn Behrendt in Umlauf gekommenen Gerüchte, daß Herr Stöcker seiner Stellung als Hofprediger entthoben worden sei, sind unbegründet und offenbar durch Missverständnis von Ausführungen des Kanzlers über Herrn Stöcker, die privatim weiter verbreitet worden, entstanden. Wenn der Widerspruch gegen die agitatorische Thätigkeit des Herrn Stöcker sich aber so weiter verstärkt, wie es nachgerade den Anschein hat, dürfte jenes Ereignis doch nicht lange ausbleiben: gestern ist gegen diese Thätigkeit sogar von durchaus strenggläubiger Seite auf der brandenburgischen Provinzialsynode Protest erhoben worden. Wenn, wie ein konservatives Blatt berichtet, dem Kanzler für seine Bemerkungen über die Judenhege in der „Lombarden-Ecke“ der hiesigen Börse ein Hoch ausgebracht worden, so sind diese Enthusiasten jedenfalls recht vereinzelt. Es ist gerade bemerkenswerth als Zeichen der Zeit, daß sowohl im Allgemeinen in den liberalen, als in den speziell interessirten jüdischen Kreisen die Aufnahme der Bismarck'schen Kundgebung eine durchaus kalte und bittere ist; man merkt die Absicht und die Ursache dieser nach den Wahlen hinterher kommenden Erklärungen zu sehr, um nicht verstimmt zu sein. Eine Wirkung dürften dieselben allerdings üben: auf die antisemitische Agitation. Ohnehin war die großsprecherische Ankündigung, unmittelbar nach den Reichstagswahlen sollte die nämliche Agitation für die nächsten Landtags- und Kommunalwahlen aufgenommen werden, nur eine Prahlerie; der Nero der „antifortschrittlichen“ Bewegung, die aus unbekannten Quellen gekommenen drei- bis vierthalbtausend Mark, fehlte für die neue Auslage der Agitation von vornherein, und „kein Geld, keine Schweizer“ heißt es für einen großen Theil der Elemente, welche an der „antifortschrittlichen“ Reichstagswahl-Agitation Theil nahmen; die Desavouirung durch den Kanzler wird das Uebrige thun.

Petersburg, 3. November. [Zeitungsschäde zwischen zwei nationalen Blättern.] Man schreibt der „Erl. Tg.“: Der „Tscherni Perekjel“ ist in einen merkwürdigen Streit mit seiner natürlichen Schwester „Narodnaja Wolja“ getreten. Er wirft ihr in einem fünf Seiten langen Leitartikel vor, sie mache nicht den richtigen Gebrauch von der Macht des Schreckens, auch weise ihr Programm Mängel auf. So wollte z. B. die Partei der „Narodnaja Wolja“ erst die Zentralgewalt an sich bringen, dann erst die wirtschaftliche und darauf erst die politische Gleichstellung durchführen. Nach der Meinung des „Tscherni Perekjel“ müsse aber zu allererst die wirtschaftliche Gleichstellung, der Kommunismus also eingeführt werden, denn sonst könne die Zentralgewalt leicht in die Hände der Besitzenden übergehen und eine Ummührung habe nicht stattgefunden. Die Partei der „Narodnaja Wolja“ handhabe den Schrecken infofern unrichtig, als sie damit von „oben“ anfange und berga gebe. Zwar habe der 13. März große Wohlthaten für die revolutionäre Sache gebracht; nur deshalb preist der „Tscherni Perekjel“ auch das abcheuliche Verbrechen durch folgende Worte, die gerade keine Gegenseite zu den Ansichten der Schrecken-Partei ausdrücken scheinen: „Die Idee des Zaren ist nicht so abgelegt fest im Kopfe des Bauern. Das russische Volk im engeren Sinne dieses Wortes verbindet mit der Person des Zaren seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. In den Augen des Volkes ist der Zar eine heilige Persönlichkeit göttlicher Herkunft, eine Art allmächtigen Wesens, umgeben von einem mystischen Heiligenscheine. Die Idee des Zaren ist in unserem Volke unter dem Eindruck einer ganzen Menge Lebensbedingungen entstanden; sie ist das Ergebnis eines ganzen Abschnittes unserer Geschichte; man kann dieselbe daher nicht durch Worte allein, durch mündliche Umtreibe beseitigen. Ein Jahrhunderte altes Verurtheil kann nur durch große Ereignisse zertrümmt werden.“ Der 13. März dieses Jahres ist an Niemand spurlos vorübergegangen. Er mußte einen jeden anpornen, sich mit mehr Bewußtsein mit seiner Stellung zu beschäftigen, sein Verhältnis zur Regierungsgewalt zu klären. Aber hierdurch ist ja nicht nur der Idee des Zaren ein unheilbarer Schlag versetzt worden, sondern auch dem sozialen und politischen System, das den Namen Monarchismus führt.“ Es ist aus diesem Gesichtspunkt zu erkennen, daß die Herren vom „Tscherni Perekjel“ selbst recht stark an die Macht des Zaren und dessen Verehrung im Volke glauben, was namentlich die andere Partei in bester Weise in Abrede stellte. Das gemäßigte Organ freut sich herzlich über die Ermordung des Kaisers, aber es meint, dieser Weg würde die Revolutionärpartei doch nicht so schnell zum Ziele führen, wie der von ihm vorgeschlagene. Das Volk erschreckt noch zu sehr vor einem Morde, namentlich vor Kaiser-Mord, man müsse die Volksnerven erst an Mord und Blut gewöhnen und die nichtbesitzenden Massen, Arbeiter und Bauern, zunächst auf Fabrikanten und Gutsbesitzer hetzen. Man brauche aber, fährt „Tscherni Perekjel“ weiter aus, trotzdem nicht gleich jeden Fabrikanten, Stanowoi (Dorfpolizeimeister) und Guts-Herrn tötzuschlagen, sondern erst dann, wenn genügende Gründe vorliegen, damit das Volk sich nicht von den Mörder abwende! So ist nach Ansicht des „Tscherni Perekjel“ die Revolution in Russland organisierbar, indem man die Volkssoveränität als höchsten Richter aussetzt. Die sogenannte gemäßigte Partei ist, wie ersichtlich, auch nicht eine Spur verträglicher, als die Terroristen. Etwa interesserter als diese umwälzenden Ideen ist ein kurzes Wort über Alexander II. und einige Betrachtungen über den jetzigen Kaiser, die ich hier nach dem „Tscherni Perekjel“ im Wortlaut folgen lasse: „Wenn wir den Einfluß noch einiger anderer Reformen des

vorigen Regiments betrachten, so kommen wir zu der Überzeugung, daß Alexander II. in seinem Barenthum uns weit größeren Widerstand leistete, als es irgend einer seiner Nachfolger im Stande sein wird. Diese Auffassung wird vollständig bestätigt, wenn man die augenblickliche Stimmung der Bauern und ihre Beziehungen zu Alexander III. betrachtet. Der letztere ist in der That für die Bauern ein ganz neuer Mensch, der für sie durchaus keine Vergangenheit hat. Sein persönliches Ansehen war bei der Thronbesteigung gleich Null, er hatte durchaus keine Ansprüche auf die Achtung und die Nachsicht des Volkes. Wir hatten Gelegenheit, an vielen Orten Ruhe und Frieden zu hören, daß die Bauern sowohl bei Unterredungen mit der Obrigkeit als auch in Privatgesprächen sich in dem Sinne ausdrückten, daß der Schuhherr und Wohlthäter nun nicht mehr sei, daß ihn die Herren erschlagen hätten, der jetzige Kaiser aber von letzteren gefangen gehalten werde, Hand in Hand mit ihnen geh. und daß daher auch keine Hoffnung auf ihn sei. So sieht man, daß mit Alexander II. ein großer Theil der Kraft und Dauerhaftigkeit der Idee des Barentums ins Grab gegangen ist.“ — Ueber die Juden-Unruhen wird gelagert. Die Thatshäme der antisemitischen Unruhen, welche bald nach dem 13. März ausbrachen und schnell den ganzen Süden ergriessen, bestätigen unsere Ansicht über die Wirkung des letzten Aktes der Tragödie vom 13. März. Dafür könnten wir noch mehrere Beispiele anführen. Zum Schluß sagt derselbe Artikel ungefähr: Eine Verfassung wird uns immerhin einige Nutzen bringen, und wahrscheinlich wird die Regierung durch unseren Kampf doch gezwungen werden, eine solche zu verleihen. Unsere Freunde mögen uns wegen dieses Wunsches nicht ablehnen, schelten, denn es ist ein Unterschied, ob man solche Sache bloß als bessere Einrichtung oder als Endziel begrüßt.

Locales und Provinzielles.

Posen, 7. November.

r. Das Reformationsfest wurde Sonntag, den 6. d. M. (d. h. am Sonntage nach dem 31. Oktober, demjenigen Tage, an welchem im Jahre 1517 Luther die 95 Thesen an die Thüren der Schlosskirche zu Wittenberg angeschlagen) in sämtlichen hiesigen evangelischen Kirchen (Kreuz-, Pauli-, Petri-, Garnisonkirche und dem evangelisch-lutherischen Bethaus) gefeiert. In der Paulikirche hielt an diesem Tage bei dem Vormittags-Gottesdienste der General-Superintendent D. G. Predigt. Abends 6 Uhr fand dort das Jahrfest statt; die Predigt hielt dabei Konfessorius Taube aus Bromberg, den Bericht erstattete der Missionar Neuhaus aus Südafrika.

— Personalien. Der Zimmermeister Richard Schulz, der aus dem Kreis Togator für den Kreis Schubin ernannt und zu solcher gerichtlich vereidigt worden.

— Bürgermeisterei und Polizei. Die königliche Regierung Bromberg hat neuerdings eine Verfügung erlassen, wonach in Zukunft in Städten, in denen die Bürgermeisterstellen mit den Polizei-Direktoren verbunden sind, bei einer vorzunehmenden Neuwahl eine Einigung beider Amter nicht mehr stattfinden soll.

— Schmalspurige Lokomotivbahn. Die Aktien-Zuckerfabrik Kruszwica hat von Brodnia über Papros und Glembowic nach Kruszwica mit Abzweigungen von Skolniki zur Landesgrenze und von Kruszwica über Polanowic nach Miroslawic sowie von Polanowic nach Hořice in der Richtung nach Dembe (Strelnoer Abbau) bis Stolp 46 lediglich für die eigenen Zwecke und der bei der Bahnansiedlung mittelbar beteiligten Aktionäre eine schmalspurige Lokomotivbahn mit Ausschluß jeglicher Personenbeförderung errichtet.

r. Die Schulparaffa der hiesigen städtischen Bürgerfamilie hat bereits recht günstige Resultate erzielt. Seit Anfang Mai bis Ende Oktober d. J. wurden 1758 M. geipart, in fünf Monaten also (der Monat Juli der Sommerferien wegen nicht mitgerechnet) sind circa 352 M. monatlich. Von der obigen Summe wurden 120 M. zur städtischen Sparfalle 1628 M. abgeführt; an abgegangene Kinder wurden 7 M. zurückgezahlt, so daß somit Ende Oktober in Afferowitz der Schulparaffa 123 M. verblieben. Mit dem obigen Betrage von 1628 M. wurden Sparfassenbücher für 394 Kinder angeschafft.

— Jahrmarkts-Verlegung. Der für die Stadt Garzau den 20. und 21. Dezember d. J. festgesetzte Jahrmarkt ist von der Regierung auf den 6. und 7. Dezember d. J. verlegt worden.

— Schank-Konfesse. Am letzten Donnerstag wurden auf hiesigen Regierung-Terminen zur Verhandlung über Gefüche um die Theilung von Schank-Erlaubnissen abgehalten. Von acht Antikonservativen ist nicht ein einziger genehmigt worden.

r. Die Feuerwache wurde Sonnabend Abend gegen 7 Uhr im Hause Halldorffstraße 2 gerufen, wo in einer Kellernobnung im Kamin aufbewahrte Brennholz sowie die Kaminstürze durch die Flammen in Brand gerathen waren. Doch wurde der kleine Brand von den Haushbewohnern bald gelöscht, so daß die Feuerwache, welche eintrat, nicht erst in Funktion zu treten brauchte.

r. Die Feuerwache wurde Sonnabend Abend gegen 7 Uhr im Hause Halldorffstraße 2 gerufen, wo in einer Kellernobnung im Kamin aufbewahrte Brennholz sowie die Kaminstürze durch die Flammen in Brand gerathen waren. Doch wurde der kleine Brand von den Haushbewohnern bald gelöscht, so daß die Feuerwache, welche eintrat, nicht erst in Funktion zu treten brauchte.

r. Die Bettelreihe hatte in der letzten Zeit in unserer Stadt wieder sehr zugenommen; es wurde daher am Sonnabend, dem 6. November, an welchem die Bettler ihre Hauptthätigkeit zu entfalten pflegen, von der Polizei eine Razzia auf dieselben abgehalten und dabei ganze 48 Bettler verhaftet.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 5. November. [Weite Kammer.] terpellation des Abgeordneten Bebel betreffend die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig. Nach Begründung der Interpellation durch Bebel erklärte der Minister-Jurist in Beantwortung derselben, dem Abgeordneten Bebel dessen Wahlgültigkeit noch zweifelhaft sei, gezielte mehrere Abgeordneten, die fachliche Regierung müsse sich erinnern, daß die zialdemokratie den Umsturz der Krone, die Umwandlung individuellen Eigentums in Kommuneigentum und den Zusammenbruch der Religion bezwecke und hierzu nach eigenen Manifest kein Mittel scheue. Die Regierung müsse sich revolutionäre Partei bekämpfen. Der Minister motivirte fachlich die über Leipzig verhängte Maßregel, welche öffentlichen Verhöhnung der Autorität erfreulicher Weise Ende bereitet habe. Die Verantwortung für die Nachtheilung dieser Maßregel falle auf die trockener Warnung weiter gewesenen Agitatoren zurück.

Mainz, 5. Nov. In der heutigen Stichwahl Liebknecht (Soz.) mit etwa 1500 St. Majorität gewählt.

Worms, 6. Nov. In der gestrigen Stichwahl der Staatsminister a. D., Dr. Falk (natlib.) mit großer Mehrheit gewählt.

Karlsruhe, 5. Nov. Wie die Karlsruher Zeitung meldet, ist der Großherzog am Mittwoch erkrankt, hat Fieber und muß das Bett hüten. Es sei fraglich, ob er die Kammer-

Karlsruhe, 5. November. Der „Staatsanzeiger“ öffnet eine Entschließung des Großherzogs, durch welche

Sämt zum 15. November einberufen, sowie das Präsidium und acht neue Mitglieder zur ersten Kammer ernannt werden.

Darmstadt 6. Nov. Bei der gestrigen Stichwahl im hiesigen 4. hessischen Wahlkreise siegte Büchner (Fortschritt) mit großer Majorität über den Gegenkandidaten Thiel (natlib.)

Augsburg, 6. Nov. Wie die „Allgemeine Zeitung“ erzählt, ist der bisherige apostolische Intendant in Brasilien, Mgr. Angelo di Pietro, zum Nuntius in München designiert.

Wien, 5. November, Abends. Der Budgetausschuss der österreichischen Delegation nahm die Forderung für Verlängerung der Haupileute an.

Die „Polit. Korresp.“ signalisiert bevorstehende Veränderungen in der diplomatischen Vertretung Österreich-Ungarns: Der Ministerresident in Belgrad, Frhr. v. Serovert-Rathkeal, geht als Vertreter nach Dresden, der Botschaftsrath in Konstantinopel, Koszak, ist zum Generalkonsul in Alexandrien ernannt an Stelle des zum Gesandten in Washington ernannten v. Schäffer; der Botschaftsrath beim Bataillon, Seiller, ist zum Gesandten in Rio Janeiro ernannt; der dortige Gesandte Freiherr v. Schreiner ist pensioniert, der Botschaftssekretär in London, v. Biegeleben, ist zum Generalkonsul in Sofia ernannt.

Paris, 4. November. Aus Tunis wird gemeldet: Bei Beantwortung der Glückwünsche des Ministerresidenten Roustan zum Bairamfest sprach der Bey die Hoffnung aus, daß Frankreich bald Herr sein werde über die Außständischen und daß das Land unter dem französischen Protektorat einen raschen Aufschwung nehmen möge. Der Bey versicherte zugleich seine Ergebenheit für Frankreich, denn er sehe ein, daß Tunis ohne französische moralische und materielle Unterstützung verloren sei. Den General Jappy gegenüber bemerkte der Bey, daß die Religion den Arabern die Unterwerfung unter ihren Souverän andeckte, zu allen Zeiten hätten es aber gewisse Stämme an biederer Unterwerfung fehlten lassen und es habe immer der Geheimrat bedurft, um sie zu zügeln.

Paris, 5. November. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer gab der Ministerpräsident Jules Ferry in Betreff der Interpellationen bezüglich Tunis die gestern in Aussicht gestellten vorläufigen Erklärungen ab. Er wies mit Verachtung die gegen den Ministerresidenten Roustan und andere Persönlichkeiten erhobenen Versäumungen zurück und erinnerte an die ersten Ursachen, welche die türkische Expedition veranlaßt, an die politischwendigkeit, die Grenze von Algier zu schützen. Diese Politik sei diejenige aller früheren Regierungen gewesen. Er erinnerte ferner daran, daß die Kammer die Expedition und den Vertrag vom 12. Mai gebilligt habe. Das Protektorat sei die unvermeidliche Lösung. Ferry widerlegte die Einwürfe, daß die Expedition den Verlust von Allianzen und die Desorganisation der Armee herbeigeführt habe, beklagte die über die Entschließungen der französischen Regierung verbreiteten Zwischenfall und schloß mit einer Aufforderung an die Kammer, nichts zu thun, was die Interessen Frankreichs und der Armee schädigen könnte. Amagat, von der Linken, griff das Ministerium an. Nach dessen Rede wurde die weitere Diskussion auf Montag vertagt und die Sitzung geschlossen.

Madrid, 4. November. Die Budgetkommission des Deputiertenkongresses hat den Gesetzentwurf über die Konvertirung der Staatschuld und über die Ermächtigung des Ministers zu Verhandlungen mit den Inhabern der spanischen Schuld genehmigt.

Madrid, 6. November. In der Budgetkommission des Kongresses machte der Finanzminister, Camacho, gestern die Mittheilung, daß die Operation zur Konvertirung der Staatschuld gesichert ist. Die Kommission ertheilte ihre Zustimmung zu allen finanziellen Vorschlägen des Finanzministers.

London, 6. November. Zur Besichtigung der im Jahre 1885/86 in Rom stattfindenden Weltausstellung hat sich hier ein Zentral-Komitee gebildet.

Neapel 5. November. Der aus Riga kommende Dampfer „Alexander II.“ konnte Kronstadt des Eisens wegen nicht erreichen und fuhr nach Neapel zurück, um seine Ladung zu lösen.

Konstantinopel, 5. November. Alle Mitglieder der europäischen Kommission sind heute nach Volo abgereist, um Volo am 14. November an Griechenland zu übergeben.

Washington, 4. November. Das Schatzamt macht bekannt, daß es beabsichtige, bis auf Weiteres an jedem Mittwoch die prolongirten Obligationen, die noch nicht zur Amortisirung einberufen sind, zu amortisieren und zwar bis zum Betrage von 2 Millionen Dollars.

Newyork, 6. Nov. Die hiesige Handelskammer veranstaltete gestern Abend zu Ehren der deutschen und französischen Delegirten zur Jubelfeier der Einnahme von Yorktown ein Banquet.

Verantwortlicher Nebaltauer: Dr. Bauer in Pojen. — Für den Inhalt der folgenden Kritiken und Berichte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Pojen im November.					
Datum	Barometer am 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.	
5. Nachm. 2	759,9	S schwach	bedeckt ¹	+ 6,0	
6. Abends, 10	759,3	S schwach	bedeckt	+ 4,5	
6. Morgs, 6	756,4	W mäßig	b. deckt	+ 5,8	
6. Nachm. 2	756,4	W mäßig	bedeckt	+ 11,7	
6. Abends, 10	755,7	W mäßig	bedeckt Regen	+ 8,7	
7. Morgs, 6	757,2	RW mäßig	bedeckt	+ 7,3	
Am 5. Wärme-Maximum	+ 8°3 Cels.				
= = Wärme-Minimum	- 6°0				
= 6. Wärme-Maximum	+ 12°5				
= = Wärme-Minimum	+ 4°5				
Regenhöhe 0,2 mm.					

Wasserstand der Warthe.
Pojen, am 6. November Morgens 1,20 Meter. (Grundebis.)

= 7. = Morgens 1,02

Wetterbericht vom 6. November, 8 Uhr Morgens.

D r i.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	W i n d.	W e t t e r.	Temperatur i. Cels. Grad.
Kullaghmore	759	SW	5 wolig	10
Aberdeen	759	WSW	1 heiter	6
Christiania	755	SSW	4 wolig	6
Kopenhagen	759	NW	6 Nebel	9
Stockholm	755	N	2 bedeckt	-0
Havanna	758	NO	2 bedeckt	-3
Petersburg	758	SW	2 bedeckt	-6
Moskau	—			
Torl. Queenst.	764	W	3 heiter ^{1, 2)}	11
Brest	766	WSW	3 bedeckt ²⁾	14
Yelde	755	SSW	1 Regen	10
Sylt	762	W	2 wolig	7
Hamburg	764	W	3 Nebel	10
Swinemünde	762	WSW	4 bedeckt	10
Neufahrwasser	759	SW	4 bedeckt	8
Memel	754	WSW	5 bedeckt ²⁾	7
Paris	768	S	1 bedeckt	
Münster	766	SW	1 bedeckt	12
Karlsruhe	770	still	bedeckt ³⁾	13
Wiesbaden	768	NO	1 bedeckt ³⁾	10
München	771	SO	1 bedeckt	8
Leipzig	767	SSW	3 wolig	4
Berlin	764	SW	2 bedeckt ³⁾	11
Wien	774	still	Nebel	-9
Breslau	767	SW	2 bedeckt ³⁾	8
Die d' Alz	767	S	1 bedeckt	13
Nizza	774	N	2 Dunst	12
Triest	773	still	bedeckt	10

¹⁾ Seegang mäßig. ²⁾ Seegang mäßig. ³⁾ Große See, Nachts Regen. ⁴⁾ Dunst. ⁵⁾ Nebelig.

Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Die Luftdruckverteilung über Europa ist in ziemlich rascher Umwandlung begriffen, so zwar, daß ein Gebiet mit niedrigem Luftdruck von der Ostsee südwärts nach Österreich-Ungarn sich fortzupflanzen scheint, während der hohe Luftdruck im Süden langsam sich nach West und Nordwest noch ausbreitet. Daher sind die Winde über Nord-Zentral-Europa nach Südwest und West umgegangen und bei weiterer Drehung nach Nordwest durch die beträchtlichen Erwärmungen, welche seit gestern über ganz Zentral-Europa erfolgten und namentlich im nördlichen Deutschland ihr Maximum erreichte, wiederum Abkühlung Platz machen. Das Wetter ist meist trüb, vielfach neblig, Niederschläge jedoch fallen nur im Nordsee- und südlichen Östseegebiete. In Deutschland liegt die Temperatur überall über der normalen, in West-Mittel-Deutschland bis zu 11 Grad.

Deutsche Gewässer.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.
Frankfurt a. M., 5. November. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,427. Pariser do. 80,875. Wiener do. 172,15. R. - M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 98 $\frac{1}{2}$. R. - M. - Pr. - Ant. 131. Reichsanl. 101 $\frac{1}{2}$. Reichsbank 152 $\frac{1}{2}$. Darmst. 169. Meiningen B. 103 $\frac{1}{2}$. Ostf.-ung. Bf. 714,25. Kreditaktien 316. Silberrente 66 $\frac{1}{2}$. Papierrente 60 $\frac{1}{2}$. Goldrente 81. Ung. Goldrente 77 $\frac{1}{2}$. 1860er Loose 124 $\frac{1}{2}$. 1864er Loose 330,00. Ung. Staatsl. 237,00. do. Ostf.-Obl. II. 94 $\frac{1}{2}$. Böh. Weißbahn 268. Elisabethb. — Nordwestbahn 194. Golziger 274. Franzosen 290 $\frac{1}{2}$. Lombarden 128 $\frac{1}{2}$. Italiener 88 $\frac{1}{2}$. 1877er Russen 90 $\frac{1}{2}$. 1880er Russen 74 $\frac{1}{2}$. II. Orientanl. 60 $\frac{1}{2}$. Bentr.-Pacific 112 $\frac{1}{2}$. Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 60 $\frac{1}{2}$. Wiener Bankverein 119 $\frac{1}{2}$. ungarische Papierrente —. Börschtrader —. Junges Dresden —.

Ungarische Escompt- und Wechslerbank —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 316, Franzosen 290 $\frac{1}{2}$, Gaszizier 272 $\frac{1}{2}$, Lombarden 128 $\frac{1}{2}$, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 5. November. Effetten-Sovietät. Kreditaktien 316, Franzosen 290 $\frac{1}{2}$, Lombarden 128 $\frac{1}{2}$, Galizier 272, 1860er Loose —, österreichische Goldrente —, ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanl. — ungar. Papierrente —, 1880er Russen —. Darmstädter Bank — 4 p.C. Ungar. Goldrente —. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit —. Rubig.

Wien, 5. November. Arbitrageverkäufe drücken, Banken und Bahnen abgeschwächt, Renten ruhig, Montenwerthe höher.

Papierrente 76,70. Silberrente 77,70. Oester. Goldrente 93,90. Ungarische Goldrente 118,90. 1864er Loose 122,20. 1860er Loose 132,20. 1864er Loose 172,70. Kreditloose 178,50. Ungr. Prämien 123,09. Kreditaktien 366,10. Franzosen 337,50. Lombarden 149,25. Galizier 314,50. Kasch.-Oderb. 148,00. Pardubitzer 165,00. Nordwestbahn 226,70. Elisabethbahn 214,50. Nordbahn 237,00. Oesterreich-ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 143,70. Anglo-Austr. 151,50. Wiener Bankverein 149,10. Ungr. Kredit 362,50. Deutsche Plätze 57,90. Londoner Wechsel 118,50. Pariser do. 46,90. Amsterdamer do. 97,70. Rapocons 9,38. Dusaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 57,90. Russische Banknoten 1,25 $\frac{1}{2}$. Lemberg-Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 168,50. Franz-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böh. Weißbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —. Elbthal —. ungarische Papierrente 88,90. ungar. Goldrente 89,70. Buschtrader B. —. Ung. Präm. —. Escompte —.

Wien, 6. November. (Abendbörse). Ungr. Kreditaktien 364,00. österr. Kreditaktien 367,00. Franzosen 337,00. Lombarden 148,25. Gaszizier 315,25. Anglo-Austr. 154,25. Papierrente 76,70. do. Goldrente 94,00. Marknoten 57,95. Napoleon 9,37 $\frac{1}{2}$. Bankverein 140,50. Elbthal 247,50. ungar. Papierrente 88,90. 4 Prozent. ungar. Goldrente 89,80. Telt.

Paris, 5. November. (Schluß-Course.) Ruhig. 3 pro. amortisir. Rente 86,35. 3 pro. Rente 85,62 $\frac{1}{2}$. Anleihe de 1872 117,35. Italien. 5 pro. Rente 89,15. Oesterreich. Goldrente —. 6 Prozent. ungar. Goldrente 103 $\frac{1}{2}$. 4 pro. ungar. Goldrente 77 $\frac{1}{2}$. 5 pro. Russen de 1877 93. Franzosen 723,75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 315,00. Lomb. Prioritäten 283,00. Türk. de 1865 14,70. Türkloose 50,00. III. Orientanleihe 61 $\frac{1}{2}$.

Credit mobilier —. Spanier exter. 27 $\frac{1}{2}$. do. inter. —. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 725,00. Société gen. —. Credit foncier 1736,00. Egypt 376,00. Banque de Paris 1270,00. Banque d'escompte 875,00. Banque hypothécaire —. III. Orientanleihe —. Londoner Wechsel 25,23 $\frac{1}{2}$. 5 pro. Rumänische Anleihe —.

Paris, 4 November. Boulevardverkehr. 3 pro. Rente —. Anleihe von 1872 117,60. Italiener 98,30. österr. Goldrente —. Türk. 14,72 $\frac{1}{2}$. Türkloose 56,00. Spanier inter. —. do. exter.

27 $\frac{1}{2}$. ungar. Goldrente —. Egypt 377,00. 3 pro. Rente —. 1877er Russen —. Franzosen —. Telt.

</

